

Pressemitteilung vom 17.05.2018

Menschenwürde duldet keinen Aufschub – Sofortige Schließung der Gottlieb-Daimler-Straße und dauerhafte Perspektiven für alle Jugendlichen hier in Bremen

Besuch des Aktionsbündnisses bei der Sozialbehörde
Freitag, 18. Mai 2018 | 10.00 Uhr | Tivoli-Haus, Bremen

Nach den Protesten des Aktionsbündnisses vom Dienstag hat die Sozialbehörde nun angekündigt, die Metallzelte „bis zum Winter“ zu schließen. Für die Bewohner ist das zu spät. Das Aktionsbündnis fordert von der Sozialbehörde außerdem konkrete Aussagen, wie die Jugendlichen untergebracht und welche dauerhaften Perspektiven für die Betroffenen hier in Bremen auf den Weg gebracht werden. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, statten die Bewohner und die Unterstützer*innen der Sozialbehörde am morgigen Freitagvormittag einen persönlichen Besuch ab.

Im Camp Gottlieb-Daimler-Straße herrschen seit zwei Jahren unerträgliche und unwürdige Bedingungen, die die jugendlichen Bewohner körperlich und psychisch erheblich belasten.

„Die Menschenwürde wird durch die Unterbringungssituation jeden Tag erneut verletzt,“ so Simone Behrends vom Aktionsbündnis. „Die Metallzelte müssen jetzt sofort geschlossen und die Jugendlichen angemessen untergebracht werden – Menschenwürde kann nicht auf den Winter vertagt werden.“

Die Schließung des Camps ist jederzeit möglich, denn es gibt mehrere freigewordene Unterkünfte in der Stadt, auf die die Sozialbehörde unmittelbaren Zugriff hat.

Mit der Schließung des Camps sind die Probleme jedoch nicht gelöst, denn die Jugendlichen und deren Lebensperspektiven tauchen in den Aussagen der Sozialbehörde bisher gar nicht auf. Das Aktionsbündnis befürchtet daher, dass die Sozialbehörde – und insbesondere das Jugendamt – nun verstärkt versuchen werden, sich der Jugendlichen, die seit vielen Monaten in Bremen leben, bis zum Winter durch Umverteilung in andere Bundesländer zu entledigen.

„Wir haben von der Sozialbehörde noch nichts gehört, was die Zukunft der Jugendlichen betrifft“, so Behrends. „Auch hier kann die Sozialbehörde sofort die Lösung herbeiführen, in dem sie das von den Jugendlichen angegebene und teilweise durch Geburtsurkunden belegte Geburtsdatum anerkennt und die Jugendlichen endlich in Obhut nimmt – anstatt sie von ihren Rechten fernzuhalten und damit aktiv deren Umverteilung und letztendlich deren Abschiebung zu betreiben.“